

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/150

3. August 1972

Die Pappkameraden der CDU

Drei Beispiele für die Spiegelfechterei
der Opposition

Von Jochen Schulz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Polizei darf nicht Mädchen für alles sein

Innere Sicherheit gebietet die Konzentration
der Aufgaben

Von Horst Mease MGL Bayern

Seite 3 / 43 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (VII und

Schluß)

Seite 5 und 6 / 79 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exter
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Pappkameraden der CDU

Drei Beispiele für die Spiegelfechterei der Opposition

Von Jochen Schulz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Herren der CDU/CSU - ob in Bonn oder im fernen Portugal - schiessen sich ein. Mangels wirklicher Objekte richten sie ihre Kanonen auf Pappkameraden, die sie zunächst selber aufbauen müssen, um sie ins Visier nehmen zu können. Zum Teil mit Hilfe ihnen nahestehender Zeitungen, teilweise aber auch im do-it-yourself-Verfahren werden dann derartige Scheingefechte einem erstaunten Publikum "verkauft" - getreu dem Wahlspruch, dass auch von der unsinnigsten Behauptung schliesslich doch noch irgendetwas hängen bleibt.

Hier drei Beispiele aus letzter Zeit:

c) Am vorletzten Wochenende wurde mit Hilfe einiger Zeitungen der Pappkamerad aufgebaut. Willy Brandt zögere mit der Absicht, Neuwahlen zum Bundestag Ende November/Anfang Dezember herbeizuführen. Ohne für dieses Gerücht einen stichhaltigen Anhaltspunkt zu haben, liess sich Urlauber Dr. Barzel nach seiner Meinung zu dieser "Neuigkeit" befragen. Nicht faul, versprach er telefonisch, Neuwahlen zu "erzwingen" (nachdem er sich monatelang vor der nach seinen eigenen Worten "sympathischsten Lösung" gedrückt hatte). Die Seifenblase zerplatzte schnell, nachdem die SPD - zum wievielten Male eigentlich? - wissen liess, dass sich an der Berliner Ankündigung Willy Brandts vom 24. Juni 1972 vor den SPD-Spitzen-gremien nichts geändert hat. Heute hat es der Bundeskanzler in einem Interview noch einmal bestätigt.

o) Am letzten Wochenende liess CDU-Generalsekretär Dr. Kraske seine "grosse Sorge" vom Stapel, die Bundesregierung rechne noch vor der Bundestagswahl auf einen Abschluss der Verhandlun-

gen mit der DDR über einen sogenannten Grundvertrag. Kraskes Rechnung ging auf. Sein Pappkamerad und gleichzeitiges Einzelfeuer auf diesen Popanz schlugen sich in den Meldungen der Tagespublizist nieder. Doch auch diese Trophäe Herrn Kraskes lohnt nicht das Präparieren, denn gleichzeitig machten der Bundeskanzler und bereits vorher Staatssekretär Bahr ganz klar, dass sich Bonn nicht selber unter Zeitdruck setzen werde.

c) Das Bodenrechtspapier einer SPD-Kommission hat es den CDU/CSU-Schützen ganz besonders angetan. Was sich Abgeordnete der Opposition auf diesem Gebiet leisten, ist wirklich bemerkenswert. So CSU-MdB Niegel, der der SPD Eigentumsfeindlichkeit vorwarf, so CDU-MdB Prassler, der von "Kommunalisierung" und "Sozialisierung" nach "schwedischem und jugoslawischem Muster" sprach. Niegel hat dann gleich noch die "linksradikale Unterwanderung" der SPD parat, so dass ein besonders schöner Pappkamerad ins Visier kommt. Es ficht die Herren nicht an, dass im Zusammenhang mit diesem Vorschlag von Kommunalisierung und Sozialisierung überhaupt keine Rede sein kann. Der Pappkamerad ist einfach zu schön, als dass man auf ihn verzichten möchte, zumal er zwiefach von Nutzen ist: Erstens wird dem kleinen Eigenheimbesitzer suggeriert, die bösen Sozialdemokraten wollten ihm Haus mitsamt Hundehütte wegnehmen, zweitens wird die Tatsache vernebelt, dass die CDU/CSU wie eh und je den Begriff Eigentum von sozialer Verantwortung "unbelastet" lassen möchte.

Hier aber wird es ernst: Die CDU/CSU-Polemiker vergessen im Eifer ihrer Vorwahlkampfmanöver, wie unverhüllt sie demonstrieren, dass die Union den Ehrgeiz hat, in diesen Wahlkampf als Interessenvertretung der Bodenspekulanten einzutreten. Wo bleibt die Stimme des sogenannten "linken Flügels" der CDU? Kein Pieps!

(-/ex/8.8.1972/mäu)

+ + +

Polizei darf nicht Mädchen für alles sein

Innere Sicherheit gebietet die Konzentration der Aufgaben

Von Horst Haase MdL Bayern

Die innere Sicherheit ist ein von Sozialdemokraten nicht zu vernachlässigendes Teilgebiet der Politik der inneren Reformen. Diese werden nur dann glaubhaft vertreten und durchgesetzt werden können, wenn sich der Staat hinreichend gegen seine Feinde und gegen Kriminelle in der Gesellschaft wehren kann. Das bedeutet, die Polizeiorganisation in den Ländern so zu organisieren, daß sie kriminalitätsgerecht arbeiten kann, und daß sie vor allen Dingen von dem Ballast der vielen artfremden Aufgaben freigestellt wird.

Die Ausbildung eines Polizeibeamten im Mittleren Dienst kostet weit über 40.000 DM. Der Dienst jedoch, den ein solcher Polizeibeamter häufig machen muß, beschränkt sich auf Pförtnerdienste, Telefonvermittlung, Wagenwaschen und -reparieren oder ähnliche Arbeiten. In den meisten Ländern, so auch in Bayern, ist die angestrebte Polizeistärke von einem Polizeibeamten auf 400 Einwohner noch nicht erreicht. Trotzdem leistet sich der Staat den Luxus, die Polizei u.a. zu beschäftigen bei der Entgegennahme von Ab- und Anmeldungen bei Wohnungswechsel, bei der Ermittlung und Wohnungsüberprüfung für die Einwohner- und Personalstellen, mit der Entgegennahme von Anträgen von Adressbuchänderungen im Zusammenwirken mit der Einwohnerpersonalstelle, mit Ermittlungen und Ausarbeitungen von Anträgen auf staatliche Lebensrettungsauszeichnungen, der Sicherstellung und Überbringung von Wasserproben bei Gewässerverunreinigungen, mit der Meldung über die Wahrnehmung vergnügungssteuerpflichtiger Veranstaltungen an das Steueramt, mit der Durchführung von Nachlaßsicherungen.

Es ist sicher richtig, daß damit andere Verwaltungsdienststellen entlastet werden. Letztlich aber erfordert die Vorrangigkeit der Sicherheit, daß die Tätigkeit der Polizeibeamten auf echte polizeiliche Aufgaben, wie Verhütung, Verhinderung und Aufklärung von Verbrechen und Vergehen sowie die Anzeige bei Übertretungen, beschränkt wird.

Die Polizei dient gegenwärtig selbst noch als billiges Ermittlungsorgan für Versicherungen. Die Versicherungen erkennen nämlich Kraftfahrzeugschäden nur dann an, wenn polizeiliche Unfallskizzen und Berichte vorliegen. Dieser Mißstand könnte schon allein durch eine Änderung der einschlägigen Versicherungsgesetze beseitigt werden.

Zusammengenommen könnte durch Reformen in diesem Bereich Geld eingespart und die Sicherheit verbessert werden. Der Föderalismus könnte sich bewähren, wenn er diese Aufgabe in der nächsten Zeit lösen würde. Der Bürger wird mit Recht nach dem Bund rufen, wenn die Polizei weiterhin in dieser unverständlichen Weise be- und überlastet wird.

(-/ex/8.August1972/mäu)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (VII und Schluss)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören". / Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Karl Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 11. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

"Bunte Illustrierte" / 6. Juli 1971

Nach alledem wird man Herrn Schiller nicht nach seinem Wort messen dürfen, sondern nach seinem Erfolg."

"Die Presse" / Wien / 3. August 1971

Ist Ihrer Meinung nach diese Inflation "hausgemacht" oder entstand sie vor allem aus externen Faktoren?

"Sie ist zu drei Viertel hausgemacht, und zwar aus vier Gründen. Erstens ist die Lage auf dem Lohn- und Gehaltssektor doch ziemlich spezifisch - Schiller hat 1969 ja direkt an die Gewerkschaften appelliert, mehr zu fordern. Zweitens hat man die Haushaltsschleuse geöffnet statt bei der Drosselklappe zu bleiben. Außerdem hat man auf eine richtige Steuererhöhung verzichtet, die ebenfalls 1969 fällig gewesen wäre, und viertens ist versäumt worden, die Euro-Dollar-Spekulation abzuwehren - im Gegenteil, man hat ja nachgerade die Devisen ausgegeben: 'Spekulanten aller Länder, vereinigt euch bei uns!' Aber natürlich gibt es auch importierte Faktoren, wie die Bundesrepublik andererseits Inflation auch exportiert."

"Bundestag" / 20. und 21. Oktober 1971

"Herr Schiller, Sie haben es gemacht wie jemand, der sich einen ganz guten neuen Anzug kauft und dann damit ohne Regenschirm und Mantel sofort in einen Sturm hinausgeht; dann kommt er mit zerzaustem Anzug nach Hause.

Sie haben sich auf die Aufwertung verlassen und haben gedacht, die Aufwertung nimmt Ihnen die Lästigkeiten der Auseinandersetzung in dem Bereich der Tarifpolitik. Sie haben gemeint, die Aufwertung enthebt Sie der Widrigkeiten einer sparsamen Haushaltsführung. Sie haben gemeint, die Aufwertung erspart Ihnen die rechtzeitige Einführung des Konjunkturzuschlags. All diese Dinge sind eben anders gelaufen, weil der überwiegende Teil der Quellen unserer Inflation hausgemacht war und nicht nach dem Muster behandelt werden kann; das Ausland ist schuld. Ich behaupte nicht, daß es den Begriff

der importierten Inflation nicht gibt. Aber der Überwiegende Teil der Inflation ist hausgemacht worden...

Sie haben die Aufwertung isoliert durchgeführt und haben sie in keiner Weise abgesichert... Sie haben eine konjunkturwidrige Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände im Bund selbst herbeigeführt und zugelassen, und Sie haben keine Absicherung gegen unerwünschten, inflationsfördernden Zustrom von Auslandsgeld getroffen. Die konzertierte Aktion aber, die nicht gegängelt werden kann, war wirkungslos, weil die Regierung selbst falsche Daten gesetzt und falsche Erwartungen geweckt hat."

"Die Welt"/ Hamburg/ 1. November 1971

"Schiller handelt offensichtlich nach dem Grundsatz, daß es besser ist, mit dem Offenbarungseid in Raten zu beginnen, als so wie sein Kanzler mit beschwörenden Formulierungen, daß es allen jetzt doch besser gehe, sich selbst und die Öffentlichkeit über den Ernst der Situation hinwegzutäuschen.

Es gibt das alte Sprichwort, daß ein paar Narren mehr fragen können, als hundert Weise zu beantworten imstande sind. Heute erleben wir, wie wenige Dilettanten mehr versprechen können, als eine ursprünglich kerngesunde Volkswirtschaft verkraften kann."

"Deutsches Wirtschaftsblatt"/ 20. Mai 1972

"Schon jetzt hat sich gezeigt, das Bundeswirtschafts- und -finanzminister Schillers Zahlenwerk von September für den Haushalt 1972 schlechthin falsch ist, und zwar sind die Ausgaben um 2,7 Milliarden Mark höher - wie jetzt feststeht. Die Kreditaufnahme muß von 4,7 Milliarden auf 7,3 Milliarden Mark erhöht werden. Dazu kommt, daß rechtlich bedenkliche und finanzwirtschaftlich unsaubere Nebenherfinanzierungen in Form von Schatten-Haushalten einen Betrag von etwa sechs Milliarden Mark erreichen, der im Haushalt überhaupt nicht erscheint!"

"Pressekonferenz Bonn"/ 16. Juni 1972

"Als Schiller im Oktober 1971 den Bundeshaushalt als 'maßgeschneidert und solide' vorlegte, habe ich dieses Zahlenwerk wiederholt als falsch bezeichnet. Das wurde jedesmal bestritten und von ihm als 'Panikmache' abgetan. Erst nach den Wahlen in Baden-Württemberg durfte der Haushaltsplan, der im Haushaltsausschuß auf Antrag der Bundesregierung wegen der vorher nicht berücksichtigten zwangsläufigen Mehrausgaben um 2,7 Milliarden DM erhöht werden mußte, zur zweiten Lesung in das Plenum".

(-/ex/8.8.1972/ks)